

Machbarkeitsstudie für den Groß Glienicker See und den Sacrower See | Dialogverfahren

4. Sitzung des Arbeitsgremiums | 10. Juli 2023

Protokoll

17:30 bis 20:00 Uhr | Sommercafé des Landhausgartens Dr. Max Fraenkel, 14089 Berlin

Teilnehmende: alle außer Herrn Dargies und Herrn Schatz

<u>Tagesordnung:</u> <ul style="list-style-type: none">▪ Begrüßung▪ Bericht über Erreichtes und den Stand der Dinge sowie die nächsten Schritte und weiteren Abläufe▪ Dialog: Rückmeldungen, Fragen & Antworten• Allfälliges & Verabschiedung	<u>Seite</u> 2
---	-------------------------------------

Anlagen:

- Präsentation zum Fazit und Ausblick
- Entwurf der Ausschreibung einer Machbarkeitsstudie

1. Begrüßung

Frau Voskamp begrüßt die Teilnehmenden.

Herr Schatz und Herr Dargies lassen sich entschuldigen.

Die Tagesordnung für heute wird wie entworfen ohne Änderungen von allen beschlossen.

2. Bericht über Erreichtes und den Stand der Dinge sowie die nächsten Schritte und weiteren Abläufe

Dialog: Rückmeldungen, Fragen & Antworten

Herr Rubelt erklärt vorweg, dass sie einen sehr großen Schritt weiter seien, sowohl in Sachen Fördermittel als auch in Sachen Machbarkeitsstudie (MBS). Insbesondere wegen der zahlreichen geführten Gespräche seit der 3. Sitzung des Arbeitsgremiums im November 2022 habe es auch eine Weile gedauert, wieder zusammenkommen zu können. Er bittet hierfür um Verständnis.

Herr Schmäh zeigt zuerst eine Präsentation mit Rückblick und Fazit auf den Prozess. Anschließend präsentiert er den Entwurf der Leistungsbeschreibung für die Machbarkeitsstudie. Er bedankt sich herzlich bei den Teilnehmenden für Ihre wertvollen Inputs dazu.

Als Fördermittelgeber zur Finanzierung der MBS wurde das Brandenburgische Umweltministerium (MLUK) aufgetan, welches Maßnahmen zur Verbesserung des Landschaftswasserhaushalts fördere. Projekte auf der Ebene MBS werden zu 100 % gefördert. Dies treffe auch auf diese MBS zu. Eine finanzielle Beteiligung des Landes Berlin bzw. des Bezirks Spandau sei nicht zwingend notwendig, auch wenn ein erheblicher Teil des betreffenden Gebietes zu Berlin gehöre.

Um die Förderfähigkeit sicherzustellen, seien Herrn Schmäh Anpassungsbedarfe (vor allem Umformulierungen) genannt worden. So müsse eine wasserwirtschaftliche Ausrichtung im Vordergrund stehen. Eine zu stark naturschutzrechtliche Ausrichtung und das Interesse an touristischen Fragen seien für diese Förderung eher hinderlich. Die angepasste und mit dem Arbeitsgremium abgestimmte Ausschreibungsunterlage wird dem Fördermittelantrag beizulegen sein.

Die thematisch breite Herangehens- und Arbeitsweise war auf keinen Fall umsonst, betonen alle beteiligten, insbesondere Frau Hartleb. Es können noch Wege gesucht und gefunden werden, wie das eine und andere Themenfeld bearbeitet werden kann, auch wenn es im Entwurf der Ausschreibung nicht explizit genannt ist.

In Brandenburg tagen sogenannte Regionale Arbeitsgruppen (RAG) unter Federführung des Landesumweltamtes. Die hier zuständige RAG, die sich mit der MBS befassen wird, wird die RAG „Flussgebiet Untere Havel“ sein.

Im Oktober 2023 werde der Fördermittelantrag voraussichtlich eingereicht werden können. Wenn alles wie geplant funktioniert, kann nach Bewilligung ausgeschrieben und mit Beginn des Jahres 2024 mit der Erarbeitung der MBS begonnen werden. Als Erstellungszeitraum ist ein Zeitraum von rund eineinhalb Jahren geplant. Öffentlichkeitsbeteiligung und Zwischenberichte sind vorgesehen, nach Stand heute wäre dies voraussichtlich im Herbst 2024, so dass Anfang bis Mitte 2025 die MBS voraussichtlich fertig gestellt sein könnte.

Herr Jacob wirbt dafür sicherzustellen, dass u.a. auch die Berliner und Brandenburger Umweltverbände über die Berliner Landesarbeitsgemeinschaft Naturschutz sowie das Brandenburger Landesbüro der Umweltverbände in die weiteren Verfahrens- und Informationsflüsse eingebunden werden. Lediglich die jeweiligen städtischen Institutionen einzubinden, werde seiner Ansicht nach nicht ausreichen.

Die Informationen aus dem Umweltministerium sind noch inoffiziell. Die gelaufenen Gespräche haben einen informellen Charakter und sind nicht selbstverständlich. Vielmehr handelt es sich um ein wohlgesonnenes Entgegenkommen der Behörde. Die länderübergreifende Arbeit zwischen Berlin, Spandau und Brandenburg, Potsdam stellt dabei etwas Besonderes dar.

Die Beteiligten werden gebeten, dies bei ihrer Kommunikation in ihren jeweiligen Gruppen zu berücksichtigen. Die Unterlagen werden den Beteiligten mit der Bitte um

vertrauliche Behandlung (bitte keine Weiterleitung an Dritte, auch nicht in Auszügen) im Nachgang zu dieser Sitzung zur Verfügung gestellt. Die Beteiligten sagen dies zu.

Herr Schmäh stellt den angepassten Entwurf der MBS und die weitere Vorgehensweise sowie die Rollen der verschiedenen Akteure vor.

Das Kommunale Nachbarschaftsforum (KNF) konnte gewonnen werden, die Ausschreibung der MBS als Träger zu übernehmen. Beim KNF handelt es sich um einen Verein, in dem die Berliner Bezirksämter vertreten sind, sowie der Berliner Senat und die Brandenburger Umlandgemeinden und Landkreise. Dort werden wichtige Themen im Berliner Gürtel zu besprochen und bearbeitet. Im KNF gibt es unterschiedliche Anliegen- bzw. Fachgruppen, insbesondere die Fachgruppe Wasser, in welcher auch Herr Schmäh Mitglied ist. Das KNF wird im Rahmen des MBS-Prozesses auch bei der Koordinierung unterstützen sowie das Fördermittelmanagement übernehmen.

Alle werden gebeten, bis 31. Juli 2023 über die Moderatorin eine Rückmeldung über etwaige Veränderungsbedarfe zu geben. Herr Pasch und Herr Schmäh stehen auch für direkte Rückfragen gern zur Verfügung.

Voraussichtlich im August werden die Fachverwaltungen über die Moderatorin allen eine abschließende Information übersenden. Das, was ausgeschrieben werden wird, wird den Teilnehmenden bereitgestellt werden. Wenn die Ausschreibung auf die Ausschreibungsplattform eingestellt werden wird, werden die Teilnehmenden eine kurze Info erhalten von den Fachverwaltungen bzw. über die Moderation. Sobald ausgeschrieben worden sein wird, wird die Ausschreibung der MBS öffentlich gemacht werden und zu finden sein. Auch wenn der Auftrag erteilt sein wird, werden die Beteiligten eine kurze Info erhalten.

Die RAF wird im September/Oktober 2023 tagen.

Auf die Frage, was als Referenzzustand der Seen zugrunde gelegt werden wird, antwortet Herr Schmäh, dass es sich dabei um den Ist-Zustand zu MBS-Beginn handeln wird.

Von etwaig angedachten Vorab-Maßnahmen werde trotz der nachvollziehbaren Ungeduld vieler wird abzusehen sein. Sinnvolle Maßnahmen sollen im Gesamtzusammenhang der Erkenntnisse der MBS stehen.

Die Sorge einzelner Beteiligter, dass einzelne Inhalte entfallen könnten, wenn sich zeige, dass die MBS ggf. teurer würde als erwartet, entkräften die Vertreterinnen und Vertreter der Fachbehörden, dass dies dem nicht so sein werde. Die genannte finanzielle Größe von über 200.000,- € werde vor allem relevant für die Art der Ausschreibung (Schwellenwert im Vergaberecht). Sie erwarten derzeit nicht, dass Inhalte gestrichen würden. Die genannte Summe stellt nach Stand heute eine angenommene Mindestgröße für die MBS dar. Beantragt beim Fördermittelgeber wird nicht eine bestimmte Summe, sondern die Förderung des Projekts. Der Preis sei wichtig für die Bewertung der Angebote, jedoch nicht allein ausschlaggebend. Es gelte, das wirtschaftlichste Angebot zu finden, nicht zwingend das billigste.

Die Beteiligten der Gruppen und Initiativen äußern ihren Dank und ihre Freude, insbesondere auch darüber, dass es gelungen sei, das KNF zu gewinnen für dieses länderübergreifende Projekt.

Die Vertreterinnen und Vertreter der Fachbehörden bieten an bei etwaigen Dissensen zum Entwurf der Ausschreibung auch bilateral, ggf. auch per Videokonferenz, für Gespräche zur Verfügung zu stehen. Sollte es größere und komplexe Dissonanzen geben, müsste ggf. nochmal eine solche Arbeitsgremiumsrunde einberufen werden.

Die Potsdamer Vertreterinnen und Vertreter werden die Infos insbesondere in den Umweltausschuss tragen sowie in den Ortsbeirat Groß Glienicke. Die Spandauer Vertreterinnen und Vertreter werden die Infos entsprechend und in Abstimmung mit Herrn Schatz in den betreffenden Ausschuss geben. Spandau und Potsdam werden sich dabei gegenseitig informieren und auf dem Laufenden halten.

Das Dialogverfahren hat – vorbehaltlich der oben beschriebenen Rückmeldungen und des Umgangs damit – sein Ziel erreicht und wird hiermit abgeschlossen.

3. Allfälliges und Verabschiedung

Alle Beteiligten bedanken sich gegenseitig für die konstruktive und spannende Zusammenarbeit und wünschen sich ein gutes weiteres Gelingen.